



Landratsamt Landsberg am Lech
- Amt für Jugend und Familie -



Umsetzung des § 72 a SGB VIII
„Bundeskinderschutzgesetz und
erweitertes Führungszeugnis“
im Landkreis
Landsberg am Lech

DAS JUGENDAMT.
Unterstützung, die ankommt.

Landratsamt Landsberg am Lech
-Amt für Jugend und Familie Landsberg-
von-Kühlmann-Straße 15
86899 Landsberg am Lech

Leitfaden des Landkreises Landsberg am Lech für Vereine und freie Träger zur Umsetzung der gesetzlichen Regelungen des Erweiterten Führungszeugnisses für Ehrenamtliche nach § 72a SGB VIII

Landkreis Landsberg am Lech
-Amt für Jugend und Familie Landsberg-
von-Kühlmann-Straße 15
86899 Landsberg am Lech

Inhalt:

- Präambel
- 1. Umsetzung im Landkreis Landsberg am Lech
- 1.1. Information für die Gemeinden
- 1.2. Mitteilung der Vereine durch die Gemeinden
- 1.3. Informationsveranstaltungen für Vereinsvorstände
- 1.4. Antragsverfahren für die betroffenen Ehrenamtlichen
- 1.5. Einsichtnahme in die Führungszeugnisse und Ausstellung der Negativ-Bescheinigung
- 1.6. Vorgabe der alleinigen Verwendung von Negativ-Bescheinigungen
- 2. Definitionen zu den Begriffen Art, Intensität und Dauer des Kontakts
- 3. Folgen bei fehlender Mitwirkung und Kontrolle
- 4. Ehrenkodex
- 5. Schlussbemerkungen
- 6. Beschlussfassungen

Verzeichnis der Anlagen:

- 1. Antrag auf Befreiung von der Gebühr für das erweiterte Führungszeugnis nach § 72a SGB VIII
- 2. Negativ-Bescheinigung zum erweiterten Führungszeugnis für Kommunen
- 3. Muster zur Aufforderung des (künftigen) Arbeitgebers zur Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses gemäß § 30a Abs. 2 BZRG
- 4. Schema zur Prüfung des § 72a SGB VIII
- 5. Einträge im Führungszeugnis, die einen Tätigkeitsausschluss bewirken
- 6. Gesetzestext des § 72a SGB VIII
- 7. Mustervereinbarung nach § 72a SGB VIII mit Vereinen
- 8. Muster einer Überwachungsliste für Vereine
- 9. Muster „Prüfbogen zur Beurteilung der Notwendigkeit der Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses“
- 10. Muster „Verhaltenskodex“
- 11. IMS vom 11.08.2014 zur Umsetzung des § 72 a SGB VIII

In diesem Leitfaden wird einheitlich der Begriff „Verein“ verwendet; darunter sind nicht nur alle eingetragenen Vereine zu verstehen, sondern auch alle nicht eingetragenen Vereine und andere Gruppierungen.

Herausgeber:

Landkreis Landsberg am Lech
-Amt für Jugend und Familie Landsberg-
von-Kühlmann-Straße 15
86899 Landsberg am Lech

Fon: 08191 / 129 325
Fax: 08191 / 129 450
Mail: Poststelle@LRA-LL.bayern.de

Ansprechpartner:

Bei Fragen rund um das Thema stehen den Vereinen und Freien Trägern zur Verfügung:

Wolfgang Bartl
-Kreisjugendpfleger-

Fon: 08191 / 129 338
Fax: 08191 / 129 5 338
Mail: Wolfgang.Bartl@LRA-LL.bayern.de

Peter Rasch
-Leitung Kreisjugendamt-

Fon: 08191 / 129 246
Fax: 08191 / 129 5 246
Mail: Peter.Rasch@LRA-LL.bayern.de



Präambel

Der § 72a SGB VIII wurde durch das Bundeskinderschutzgesetz neu gefasst und ist am 01.01.2012 in Kraft getreten.

Die Vorschrift verfolgt das Ziel, einschlägig vorbestrafte Personen von der Wahrnehmung von Aufgaben in der Kinder- und Jugendhilfe fernzuhalten, beziehungsweise auszuschließen und damit Kindeswohlgefährdungen vorzubeugen.

Folgende wesentliche Änderungen beinhaltet der neue § 72a SGB VIII:

- ✓ Ein eventueller Tätigkeitsausschluss ist durch die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses gemäß § 30a BZRG (bzw. für Bürgerinnen und Bürger anderer EU-Staaten eines europäischen Führungszeugnisses, § 30b BZRG) festzustellen.
- ✓ Auch neben- und ehrenamtlich in der Kinder- und Jugendhilfe tätige Personen sind in den Anwendungsbereich einbezogen.
- ✓ § 72a SGB VIII erfasst alle Träger der freien Jugendhilfe sowie Vereine gemäß § 54 SGB VIII.
- ✓ Nach § 72a Abs. 4 SGB VIII müssen daher auch Ehrenamtliche, die bei freien Trägern Kinder und/oder Jugendliche beaufsichtigen, betreuen, erziehen, ausbilden oder einen vergleichbaren Kontakt haben, ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Das erweiterte Führungszeugnis gemäß § 30a BZRG unterscheidet sich von dem „einfachen“ Führungszeugnis nach § 30 BZRG dadurch, dass unter anderem auch Verurteilungen wegen Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht, wegen Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wegen Misshandlung von Schutzbefohlenen und wegen Straftaten gegen die persönliche Freiheit aufgenommen werden, durch die auf Geldstrafe von nicht mehr als 90 Tagessätzen oder auf Freiheitsstrafe von nicht mehr als drei Monaten erkannt wurde, auch wenn im Register keine weitere Strafe eingetragen ist. Das erweiterte Führungszeugnis soll sich als ein Element eines umfassenden Präventions- und Schutzkonzeptes zur Verbesserung des Schutzes von Kindern und Jugendlichen etablieren. Hierbei geht es nicht um einen „Generalverdacht“ gegenüber den in der Kinder- und Jugendhilfe tätigen Personen, deren Engagement essentiell für die Kinder- und Jugendhilfe und daher nicht hoch genug zu schätzen ist. Vielmehr soll die Neuregelung des § 72a SGB VIII als Anstoß zu einem neuen Verständnis von präventivem Kinderschutz und zur Entwicklung eines allgemein akzeptierten und durch geeignete sonstige Maßnahmen flankierten Präventionskonzeptes verstanden werden. Allein durch die Einsichtnahme in ein Führungszeugnis kann keineswegs ein vollumfänglicher Schutz des Kindeswohls gewährleistet werden.

1. Umsetzung im Landkreis Landsberg am Lech

Im Landkreis Landsberg am Lech gibt es rund 1.000 Vereine und freie Träger mit denen das Amt für Jugend und Familie Landsberg nach § 72a Abs. 2 und 4 SGB VIII Vereinbarungen zur Umsetzung des § 72a SGB VIII abzuschließen hat.

Der Geltungsbereich der Vereinbarungen erstreckt sich im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Jugend und Familie Landsberg auf alle aus Mitteln der Jugendhilfe finanzierten Leistungen und Aufgaben der freien Träger, das heißt auch auf die Gruppierungen und Vereine, die von den Gemeinden aus Mitteln der Jugendhilfe gefördert werden.

Eine Förderung durch Gemeinden muss nicht zwingend eine direkte finanzielle Förderung sein; schon allein das Bereitstellen von Räumen oder Turn-/Mehrzweckhallen zu ermäßigten oder kostenfreien Bedingungen stellt eine Förderung dar.

Die Umsetzung der gesetzlichen Änderungen stellt hohe, verwaltungsintensive Anforderungen an die Vereine und freien Träger. Es ist erforderlich, die einzelnen ehrenamtlichen Tätigkeiten anhand der gesetzlichen Anforderungen dahingehend zu überprüfen, in wie weit ein erweitertes Führungszeugnis vorzulegen ist. Den Vereinen stehen hierfür jedoch für diesen Rechtsbereich keine Fachkräfte zur Verfügung.

Das Amt für Jugend und Familie Landsberg wird in Zusammenarbeit mit dem Kreisjugendring durch Öffentlichkeitsarbeit, Informationsmaterial und Versammlungen vor Ort bei den Gemeinden intensiv über die neuen gesetzlichen Anforderungen und über die Umsetzungsmöglichkeiten informieren.

Selbstverständlich steht das Amt für Jugend und Familie Landsberg den Vereinen und Freien Trägern jederzeit bei Fragen auch telefonisch oder per E-Mail zur Verfügung.

Darüber hinaus ist das Amt für Jugend und Familie Landsberg jedoch zu der Auffassung gelangt, dass ohne Unterstützung und Mitwirkung der Gemeinden (gemeint sind hier alle Kommunen, also die 28 Gemeinden, die beiden Märkte Dießen am Ammersee und Kaufering sowie die Große Kreisstadt Landsberg) die Umsetzung im ehrenamtlichen Bereich ohne negative Auswirkungen kaum möglich ist.

Das Amt für Jugend und Familie Landsberg hat daher vorliegenden Handlungsablauf erarbeitet.

1.1. Information für die Gemeinden

Die Bürgermeister/innen wurden zunächst mündlich im Rahmen der Bürgermeisterdienstbesprechung am 05.12.2013 über die neue Rechtslage durch das Bundeskindestschutzgesetz sowie zum Unterstützungsbedarf der Vereine durch die Gemeinden informiert.

Alle Bürgermeister/innen sprachen sich für die Anwendung eines derartigen Vorgehens (Negativzeugnis) aus, um den Ehrenamtlichen und Vorsitzenden der Vereine die Arbeit vor Ort so weit wie möglich zu erleichtern.

Nach abschließender Behandlung dieses Vorgehens durch die Vollversammlung des Kreisjugendrings und den Jugendhilfeausschuss und wurden im 2. Quartal 2014 alle Gemeinden detailliert schriftlich informiert.

Weiter wurden die Gemeinden um Unterstützung gebeten, hinsichtlich der Einholung der erforderlichen erweiterten Führungszeugnisse, der Einsichtnahme und der Ausstellung einer Bestätigung.

1.2. Mitteilung der Vereine durch die Gemeinden

Weiter ging im Juni 2014 an die Gemeinden die Bitte, dem Amt für Jugend und Familie Landsberg die Adressen und die verantwortlichen Ansprechpartner aller Vereine, die unter die gesetzliche Regelung des § 72a Abs. 2 und 4 SGB VIII fallen (Vereine im Kreisjugendring sowie Vereine, die von den Gemeinden im Rahmen der Jugendhilfe gefördert werden) mitzuteilen.

1.3. Informationsveranstaltungen für Vereinsvorstände

Die Gemeinden veranstalten mit Unterstützung durch das Amt für Jugend und Familie Landsberg in ihrem Bereich Informationsveranstaltungen für die Vereinsvorstände, bei denen den Vorständen die Vereinbarungen ausgehändigt und die Rechtslage sowie die vereinbarte Umsetzung im Landkreis Landsberg am Lech erläutert werden.

Das Amt für Jugend und Familie Landsberg bietet den Gemeinden an, für die jeweilige Veranstaltung einen Vertreter (Leiter des Amtes für Jugend und Familie oder Kreisjugendpfleger) für die rechtliche Darlegung und für Fragestellungen zu entsenden.

1.4. Antragsverfahren für die betroffenen Ehrenamtlichen

Eine persönliche Antragstellung ist gesetzlich vorgeschrieben (ohne jegliche Ausnahme).

Die Antragstellung im Einwohnermeldeamt dauert in der Regel weniger als 5 Minuten und stellt damit keine große zeitliche Belastung dar.

Die Personen benötigen zur Beantragung des erweiterten Führungszeugnisses eine schriftliche Aufforderung gemäß § 30a Abs. 2 BZRG (**Anlage 3 „Muster zur Aufforderung des (künftigen) Arbeitgebers zur Beantragung eines erweiterten Führungszeugnisses gemäß § 30a Abs. 2 BZRG“**). Die Erteilung eines Führungszeugnisses ist grundsätzlich gebührenpflichtig.

Für **ehrenamtlich** tätige Personen ist das Führungszeugnis gemäß § 4 Abs. 1 JVKostG in Verbindung mit Teil 1 Abschnitt 3 der Anlage zu § 4 Abs. 1 JVKostG jedoch **gebührenfrei**. Gebührenbefreiung ist bei der Meldebehörde unter Nachweis des Verwendungszwecks zu beantragen (**Anlage 1 „Antrag auf Befreiung von der Gebühr für das erweiterte Führungszeugnis nach § 72a SGB VIII“**).

Das erweiterte Führungszeugnis ist unabhängig vom Sitz des Vereins bei der Wohnortgemeinde des Ehrenamtlichen zu beantragen und gilt für sämtliche ehrenamtlichen Betätigungen in Vereinen im Landkreis Landsberg am Lech.

1.5. Einsichtnahme und Ausstellung einer Negativ-Bescheinigung

Ehrenamtliche haben wiederholt Bedenken geäußert, den Vereinsvorständen, die dem Datenschutz gesetzlich nicht verpflichtet sind, Einsicht in Führungszeugnisse zu gewähren.

Es wurde die Befürchtung geäußert, dass wegen dieser Bedenken Ehrenamtliche ihre Tätigkeit beenden obwohl nach dem erweiterten Führungszeugnis kein Tätigkeitsausschluss vorliegt.

So wurde daher für den Landkreis Landsberg am Lech festgelegt, dass die Einsichtnahme von Amtspersonen erfolgen sollen, die bereits aufgrund ihrer dienstlichen Tätigkeit einem strengen Datenschutz verpflichtet sind; nicht jeder Hinweis im Führungszeugnis hat einen Tätigkeitsausschluss zur Folge.

Welche Einträge einen Tätigkeitsausschluss bewirken, wird in **Anlage 5 „Einträge im Führungszeugnis, die einen Tätigkeitsausschluss bewirken“** dieses Leitfadens erläutert.

Um negativen Befürchtung zu begegnen wird folgende Vorgehensweise angewandt:

- Die Gemeinden bieten den Vereinen an, dass die erforderliche Einsichtnahme in das erweiterte Führungszeugnis durch die Bediensteten der Gemeinde erfolgt. Nach der Einsichtnahme stellen die Kommunen den Betroffenen eine Negativ-Bescheinigung aus, „dass gegen die jeweilige Person kein Tätigkeitsausschluss nach § 72a SGB VIII vorliegt“ (**Anlage 2 „Negativ-Bescheinigung zum erweiterten Führungszeugnis für Kommunen“**). Der Ehrenamtliche, bzw. der Antragsteller, erhält sein Erweitertes Führungszeugnis von der Gemeinde nach der Einsichtnahme wieder zurück. Kopien werden nicht gefertigt.
- Es wird damit sichergestellt, dass der Datenschutz nach Einsichtnahme in die Führungszeugnisse aufgrund der rechtlichen Bestimmungen durch Amtspersonen gewahrt ist und gleichzeitig die Vereinsvorstände durch die Bestätigung der Gemeinde in ihren Aufgabenstellungen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Die Bestätigung der Gemeinde kann bei sämtlichen Vereinen und Trägern vorgelegt werden und gilt für den gesamten Landkreisbereich.
- Sollte eine ehrenamtlich tätige Person außerhalb des Landkreises Landsberg am Lech wohnen, aber innerhalb des Landkreises tätig sein, so kann sich diese Person mit ihrem Erweiterten Führungszeugnis an das Amt für Jugend und Familie Landsberg wenden, um eine Negativ-Bescheinigung zu erhalten.

Kommen neue ehrenamtliche Tätige bei einem Verein hinzu, so müssen auch diese dieses Verfahren durchlaufen.

Da ein erweitertes Führungszeugnis nur eine Gültigkeitsdauer von fünf Jahren hat, muss spätestens alle fünf Jahre ein neues erweitertes Führungszeugnis vorgelegt werden.

Die Verpflichtung zur Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses richtet sich auch an minderjährige ehrenamtliche Vereinsmitglieder, die in der Jugendarbeit tätig sind. Konkret müssen also auch Jugendliche ab der Vollendung des 14. Lebensjahres ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen, sofern der entsprechende Kontakt zu Kindern und Jugendlichen besteht.

1.6. Verwendung von Negativ-Bescheinigungen

Im Sinne einer möglichst einfachen Handhabung der gesetzlichen Vorgaben bei den Vereinen ist es aus zwei wesentlichen Gründen wünschenswert, grundsätzlich nur Negativ-Bescheinigungen zu verwenden.

- ❖ Vereine dürfen ein erweitertes Führungszeugnis nur einsehen, aber keinesfalls kopieren und/oder aufbewahren, da es unter Umständen sehr schutzwürdige Inhalte aufweisen kann.

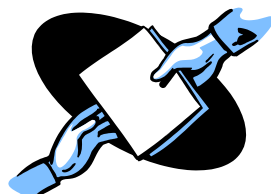
Später kann aber genau dies zum Problem für die Vereine werden, falls es zu Vorwürfen oder Anschuldigung kommen sollte. Der Verein hätte keinen definitiven Beleg, dass er seiner Verpflichtung nachgekommen ist. Anders verhält es sich bei der Negativ-Bescheinigung. Dies enthält keine besonders schutzwürdigen Daten und kann von Verein aufbewahrt werden.

So kann später jederzeit der Nachweis erbracht werden, dass alle betroffenen ehrenamtlichen Personen den geforderten Nachweis erbracht haben. Damit kann belegt werden, dass der Verein seinen Verpflichtungen nach bestem Wissen und Gewissen nachgekommen ist.

- ❖ Nur wenn alle betroffenen ehrenamtlichen Personen eine Negativ-Bescheinigung vorlegen entstehen keinerlei mögliche Diskussion oder Vermutungen, warum der eine sein erweitertes Führungszeugnis zur Einsichtnahme vorlegt und ein anderer nur eine Negativ-Bescheinigung.

Der mögliche Gedanke „Wer nur eine Negativ-Bescheinigung vorlegt muss etwas zu verbergen haben.“ wird damit automatisch unterbunden und eventuellen ungerechtfertigten Mutmaßungen wird von selbst der Nährboden entzogen.

Ausnahmen von dieser Vorgehensweise (also die direkte Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses beim Verein) bleiben den ehrenamtlich tätigen Personen natürlich möglich, sofern diese dies ausdrücklich möchten.



2. Definitionen zu den Begriffen Art, Intensität und Dauer des Kontakts

Das Bundeskinderschutzgesetz sieht die Pflicht zur Einsichtnahme ins Führungszeugnis grundsätzlich nur bei bestimmten Tätigkeiten vor:

Wenn Kinder oder Jugendliche beaufsichtigt, betreut, erzogen oder ausgebildet werden oder ein vergleichbarer Kontakt zu ihnen unterhalten wird. Wenn es also um Tätigkeiten in einem pädagogischen oder betreuenden Zusammenhang geht. Damit sind alle Tätigkeiten, die keinen betreuenden oder pädagogischen Anteil haben, nicht erfasst (z. B. Kassenwart, Materialwart, reine Vorstandstätigkeit, Webseitenbetreuung, der Ausschank- und Thekendienst im Jugendtreff oder als Koch/Köchin in der Ferienfreizeit, es sei denn, diese Personen haben die Möglichkeit, im Rahmen ihrer Tätigkeit intensiven Kontakt zu Kindern und Jugendlichen zu bekommen).

Laut Gesetz sind nur die Tätigkeiten gemeint, die sich (auch) an Kinder und Jugendliche, also Menschen unter 18 Jahren, richten. Ist die Maßnahme oder das Angebot auf eine ältere Zielgruppe ausgerichtet, fällt sie nicht unter das Bundeskinderschutzgesetz.

Innerhalb der pädagogischen oder betreuenden Tätigkeiten ist in der Vereinbarung zu regeln, für welche nach Art, Dauer und Intensität eine Einsichtnahme in das Führungszeugnis der oder des Ehrenamtlichen notwendig ist. Grundlage zur Einordnung ist immer die Einschätzung, welche Tätigkeit unter welchen Bedingungen es (in welchem Maße) ermöglichen, ein besonders Vertrauensverhältnis entstehen zu lassen, das missbraucht werden kann.

Folgende Kriterien können genutzt werden, um das Potenzial der Gefährdung abzuwägen:



I. ART DES KONTAKTES

Bestimmendes Merkmal ist, dass keine Beaufsichtigung, Betreuung, Erziehung, Ausbildung oder vergleichbare Kontakte stattfinden. Maßgeblich ist hierbei der pädagogische Kontext, in dem die Tätigkeit stattfindet.

Ein Hierarchie- oder Machtverhältnis darf nicht vorliegen, denn damit wird das Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Neben-/Ehrenamtlichen und dem Kind oder Jugendlichen erhöht, wodurch das Gefährdungspotenzial deutlich gesteigert sein kann. Von einem Hierarchie- oder Machtverhältnis ist regelmäßig auszugehen, wenn eine steuernde, anlernende, fortbildende, Wissen vermittelnde oder pflegende Tätigkeit besteht.

Bei der Tätigkeit von Jugendlichen (von 14 bis 17 Jahre) als Neben- oder Ehrenamtliche kann auch die Bewertung der Altersdifferenz zu dem betreuten oder beaufsichtigten Kind bzw. Jugendlichen eine Rolle spielen. Das Risiko, dass ein Hierarchie- oder Machtverhältnis oder eine besondere Vertrauenssituation entsteht, welche zu einem sexuellen Übergriff ausgenutzt oder missbraucht werden könnte, kann bei einer sehr geringen Altersdifferenz eher verneint werden.

Bei der Entscheidung über das Absehen von einer Einsichtnahme in das erweiterte Führungszeugnis ist zu berücksichtigen, ob die Kinder und/oder Jugendlichen, zu denen über die Tätigkeit im Einzelfall Kontakt besteht, besondere Merkmale aufweisen (z. B. Kleinkindalter, Einschränkungen aufgrund besonderer persönlicher Merkmale oder einer Behinderung). Sofern diese Merkmale ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis oder Schutzbedürfnis vermitteln, sollte die Einsicht in ein erweitertes FZ verlangt werden.

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Es besteht zwischen Ehrenamtlichen und Teilnehmenden keinerlei Machtverhältnis.

Zwischen der oder dem Ehrenamtlichen und den Teilnehmenden besteht ein Machtverhältnis.

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Zwischen dem oder der Ehrenamtlichen und den Teilnehmenden besteht nur ein geringer Altersunterschied.

Der Altersunterschied zwischen Ehrenamtlichen und Teilnehmenden ist hoch.

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Die teilnehmenden Kinder und Jugendlichen haben ein höheres Alter, haben keine Behinderung oder sonstige Beeinträchtigung; ein besonders Abhängigkeitsverhältnis ist auch nicht gegeben.

Die Teilnehmenden sind Kinder oder junge Jugendliche oder/und haben eine Behinderung oder sonstige Beeinträchtigung; es kann ein besonders Abhängigkeitsverhältnis vorliegen.

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.



II. INTENSITÄT DES KONTAKTS

Das Gefährdungspotenzial wird regelmäßig geringer sein, wenn die Tätigkeit von mehreren Personen ausgeübt wird. Hier findet eine Form von sozialer Kontrolle statt, die die Gefahr eines Übergriffs während der Tätigkeit mindern kann (z. B. Leitung einer Kindergruppe im Team gegenüber einer alleinigen Leitung). Gleiches gilt dahingehend, ob die Tätigkeit in einem offenen oder in einem geschlossenen Kontext stattfindet – sowohl bezogen auf die Räumlichkeiten, ob diese von außen einsehbar (z. B. Schulhof, Open-Air-Veranstaltung, öffentlich zugängliche Halle, Spielfest) oder abgeschlossen, vor öffentlichen Einblicken geschützt sind (z. B. Übungsräume im kulturellen Bereich, Wohnbereich von Kindern und Jugendlichen in Heimen), als auch auf die strukturelle Zusammensetzung bzw. Stabilität der Gruppe, ob diese sich regelmäßig ändert (z. B. offener Jugendtreff) oder konstant bleibt (z. B. Ferienfreizeit, Zeltlager). Bei sehr offenen Kontexten kann daher im Einzelfall von der Vorlage abgesehen werden.

Ein geringerer Grad der Intensität kann bei einer ausschließlichen Tätigkeit in einer Gruppe gegeben sein. Während bei Tätigkeiten mit nur einem einzelnen Kind oder Jugendlichen regelmäßig ein besonderer Grad der Intensität anzunehmen ist (z. B. Nachhilfeunterricht, Einzelpate/in, Musikunterricht eines einzelnen Kindes/Jugendlichen).

Je nach konkreter Art der Tätigkeit kann eine besondere, gefahrenerhöhende Intensität bei der Beaufsichtigung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen entstehen, wenn hierfür eine gewisse Intimität oder ein Wirken in der Sphäre des Kindes oder Jugendlichen erforderlich ist (z. B. Windeln wechseln, Begleitung beim Toilettengang, Unterstützung beim Ankleiden). In diesen Fällen sollte auf jeden Fall die Einsicht in ein erweitertes FZ verlangt werden.

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Die konkrete Tätigkeit wird immer gemeinsam mit anderen Ehren- oder Hauptamtlichen wahrgenommen (z. B. Leitung einer Gruppe als Team).

Die Tätigkeit wird alleine Wahrgenommen (z. B. einzelner Gruppenleiter).

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Die Tätigkeit ist mit/in einer Gruppe (z. B. klassisch die Gruppenstunde).

Die Tätigkeit bezieht sich nur auf ein einzelnes Kind oder einen bzw. eine einzelne/n Jugendliche/n (z. B. ehrenamtlicher Nachhilfeunterricht).

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Der Ort der Tätigkeit ist von außen einsehbar und/oder für viele zugänglich (z. B. Jugendtreff).

Der Ort der Tätigkeit ist vor öffentlichen Einblicken geschützt und ein abgeschlossener Bereich (z. B. Übungsraum, Wohnung, Bauwagen, Hütte).

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Die Tätigkeit hat einen geringen Grad an Intimität und wirkt nicht in die Privatsphäre der Kinder oder Jugendlichen.

Die Tätigkeit hat einen hohen Grad an Intimität (z. B. Aufsicht beim Duschen) und/oder wirkt in die Privatsphäre der Kinder oder Jugendlichen (z. B. Beratung über persönliche Verhältnisse).

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

III. DAUER DES KONTAKTS

Um ein besonderes Vertrauensverhältnis aufbauen zu können, ist eine gewisse Dauer oder Regelmäßigkeit der Tätigkeit nötig. Von daher ist bei Tätigkeiten, die nur einmalig, punktuell oder gelegentlich stattfinden, das Gefährdungspotenzial in der Regel deutlich geringer, so dass nach Einzelfallprüfung von einer Einsichtnahme in das erweiterte FZ abgesehen werden kann. Bei der Bewertung der Dauer muss allerdings auch berücksichtigt werden, ob es sich jeweils um dieselben Kinder oder Jugendlichen handelt, mit denen durch die Tätigkeit für eine gewisse Dauer der Kontakt besteht, oder ob diese regelmäßig wechseln.

Zu beachten gilt es, dass auch eine einmalige Tätigkeit eine gefahren erhöhende Zeitspanne umfassen kann, die die Vorlage eines erweiterten FZ erforderlich macht (z. B. einmalige Betreuung von Kindern/Jugendlichen bei einer längeren Ferienfreizeit).

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Die Tätigkeit ist einmalig, punktuell oder nur gelegentlich.

Die Tätigkeit dauert länger (z. B. Betreuer im Ferienlager), über einen längeren Zeitraum regelmäßig (z. B. als Übungsleiter) oder innerhalb einer gewissen Zeit häufig.

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.

Die Tätigkeit bezieht sich auf andere Kinder und Jugendliche (z. B. Beratungsangebote)

Zumindest für eine gewisse Dauer führt die Tätigkeit immer wieder zum Kontakt mit den selben Kindern und Jugendlichen (z. B. als Betreuer im Zeltlager, Gruppenstunden)

Niedriges Gefährdungspotential,
weil ein Missbrauch eines besonderen Vertrauensverhältnisses
nicht möglich ist.

Hohes Gefährdungspotential,
weil ein besonderes Vertrauensverhältnisses entstehen
und missbraucht werden kann.



Eine praxisgerechte, einzelfallbezogene Bewertung der unter I., II. und III. genannten Kriterien ist in **Anlage 9 „Prüfbogen zur Beurteilung der Notwendigkeit der Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses“** zusammengestellt.

3. Folgen bei fehlender Mitwirkung und Kontrolle

Weigert sich ein Verein dauerhaft, eine Vereinbarung im Sinne dieses Konzeptes mit dem Amt für Jugend und Familie Landsberg abzuschließen, so teilt dieses diesen Umstand dem Kreisjugendring und der Gemeinde mit.

Weder Kreisjugendring noch Gemeinde dürfen dann diesen Verein künftig fördern (weder direkt durch finanzielle Mittel noch indirekt durch z. B. die Zurverfügungstellung von Räumen).

Das Amt für Jugend und Familie Landsberg wird jährlich rund 5% aller Vereine, mit denen eine entsprechende Vereinbarung geschlossen wurde, nach dem Zufallsprinzip und stichpunktartig prüfen, ob die Inhalte der Vereinbarung eingehalten werden.

4. Ehrenkodex

Zur Verdeutlichung der Wichtigkeit des Themas wird empfohlen, dass jeder Verein alle betroffenen Ehrenamtliche einen Verhaltenskodex unterzeichnen lässt. Eine Vorlage ist in **Anlage 10 „Muster eines Verhaltenskodex“** abgedruckt.

5. Schlussbemerkungen

Die Fachkräfte im Amt für Jugend und Familie Landsberg, der Kreisjugendring und alle Bürgermeister/innen sind der Überzeugung, dass dieses Vorgehen die Vereine am wenigsten belastet und die ehrenamtlich tätigen Personen am besten schützt, letztlich auch zum Wohle der Vereine und ihrer Strukturen.

Das Amt für Jugend und Familie Landsberg bedankt sich ausdrücklich bei allen Bürgermeistern/innen für die Unterstützung bei der Umsetzung.

6. Beschlussfassungen

Dieser Ablauf wurde wie folgt beschlossen/geregelt:

- Bürgermeister: Bürgermeisterdienstbesprechung am 05.12.2013
- Jugendhilfeausschuss: Vorberatung in der Sitzung am 17.02.2014
- Kreisjugendring: Vollversammlung am 09.04.2014
- Jugendhilfeausschuss: Verabschiedung in der Sitzung am 07.07.2014